

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

"Der Steinarbeiter" erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Sonnenpreis durch die Post exkl. Beitragsförderung vierjährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeller Straße 52, IV., Volkshaus
Telephonat 250.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pf. für die einschlägige Zeitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einladung des Beitrags aufgenommen.
"Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

17.

Schöner Erfolg wegen der Anerkennung als Schwerstarbeiter.

die Eingabe der Bahnstelle Dresden-Pirna zur Anerkennung der Steinarbeiter als Schwerstarbeiter, Vorsitzenden Kollegen Emil Weißach nachstehender Bescheid zugegangen, den wir im Interesse der gesamten Steinarbeiter im vollen Wortlaut verlesen:

Kommunalverband und Umgebung.

Dresden-N., am 9. April 1918.
Hauptstr. 5, III.

das Gesuch vom 2. April 1918 hat der Ausschuss für Ge- der Brüderzusage an Schwerstarbeiter im Kommunalverband und Umgebung beschlossen, folgende Gruppen der Steinarbeiter ebenfalls anzuerkennen:

in Stadt- und Hartsteinbrüchen beschäftigten Steinarbeiter, denen die Transportarbeiter und die an den Steinbrechern teile. In den den Steinbrüchen angegliederten Steinmühlen, die Steinmühlen in den Betrieben zur Herstellung von Mähdreschern.

In Graumühlen die Steinmühlen, Schleifer und Polsterer,

Schleifer, bez. Polierscheiben durch ihr Körpergewicht auf das aufzuhindern haben.

In Frage kommenden einzelnen Betriebe haben besonders um

ang der Zugaben nachzufragen und zwar, die in der Stadt Dres-

den, beim Rat zu Dresden, Lebensmittelamt, Haupt-

II., Zimmer 40, und die Betriebe in den Bezirken der Königl.

Stadt- und Hartsteinbrüchen die Brüderzusage für Schwerstarbeiter zu den uns noch befondene Erörterungen angestellt.

Kommunalverband Dresden und Umgebung.

ges. A. r. a. s.

er Entscheid ist für die gesamte Holzgerberfamilie außer-lich wichtig. Bahnhöfen, die sich wiederholen an die umso wichtiger werden wollen, tun gut, die inhaltssreiche "eingehend mit der Zukunft der Lohnfrage beschäftigt." Aus-

von dem Erscheinen der Erinnerungen des früheren Chefs der

Abteilung des Auswärtigen Amtes, Otto Homann, kritisiert man

streitbare unserer Regierung gegenüber der Sozialdemokratie

auf der Krieg gezeigt habe, daß die Arbeiterfamilie sich trotz des

genommen der Regierungsfamilie gegenüber ihrer politischen

von ihren Grundauffassungen über den Klassenkampf denken

trennen will, so wäre der Gedanke der Gewinnbeteiligung

besser in Frage zu ziehen. Die "Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" läßt

zu wie folgt aus: So wird, um einen gedachten Fortgang der

Erzeugung zu sichern, kaum etwas anderes übrigbleiben, als das

die Hauptgruppe der sozialdemokratischen Gesellschaft, nämlich

Arbeiterfamilie, in erheblich vermehrter Weise, als es bisher ge-

von der Unerschöpflichkeit der Grundlagen unserer Wirtschaftswelt

erzeugen, um sie damit an kritischer Nachprüfung der ihr bisher

politischen Führern eingetragenen Auffassungen zu ver-

hindern darf es in diese Zukunft keineswegs bei dem Versuch

gewenden haben, in rein theoretischer Weise aufklärend zu wirken.

Es wäre zu untersuchen, inwiefern es angängig ist, die Über-

tragung des Interesses von Unternehmern und Arbeitern am Er-

werb der Gütererzeugung praktisch darzutun."

Die Praxis läuft nun darauf hinaus, die bisher bekanntgewordenen

sind, wie sie unter anderem in der "Festschrift" in Zeno

bei dem Jalousiefabrikanten Frese (Berlin) angewandt wurden.

Insbesondere ist die Baustoffherstellung mit allen Kräften zu be-

treuen, weil die Arbeiter bei Teilnahme am Gewinne gegebenen-

auch den Verlust tragen müssen. Die Deutsche Arbeitgeber-

Praxis verfüllt deshalb auf den hohen Gedanken, das deutsche Aktien-

für die Aktie bedeutend herabzusetzen, damit auch der kleine Mann,

Arbeiter, Aktionär werden können. Die Kaufmännischen und techni-

Angestellten will man davon aber grundsätzlich ausnehmen. Im

heinen wird in der "Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" der Mo-

de, seit fast vier Jahren aus, was französisch oder englisch ist, ver-

stellt. In diesem Falle aber wird namentlich das englische Aktiengesetz

übernommen. In England ist es gestattet, daß neben Personen

eine Aktie in der Mindesthöhe von 10 Pfund Sterling gleich

Mark eingeschreiben können. Den von Fachleuten geäußerten Be-

gegnungen gegen die Auffassung kleiner Aktien stellt die "Deutsche Arbeitgeber-

Zeitung" acht Thesen gegenüber, wovon wir vier des allgemeinen Inter-

halter hier wiedergeben wollen:

1. Die Eigenschaft der Aktiengesellschaften, daß sie das Kapital

optimieren" und auch den kleinen Mann zum Großbetrieb zu-

wird durch die kleine Aktie gefordert.

Sonnabend, den 27. April 1918.

22. Jahrgang.

2. Bei den Arbeitern würde das Gefühl der Solidarität mit der Unternehmung gesteigert, das Geschäftsintereß und die Arbeitslust erhöht werden.

3. Das agitatorisch so vielfach ausgenutzte Scheitern auf die hohen Dividenden würde ein Ende nehmen.

4. Die ganze Stellung der Arbeiterschaft zum kapitalistischen System könnte durch die Einführung kleiner Aktien im günstigen Sinne verändert werden.

Die hier verfolgten Grundsätze gehen keineswegs von der Absicht aus, die Lohnhöhe der Arbeiter zu steigern; nach wie vor ist heute für die Unternehmer und ihre Presse das Motto mahagone: *Herrunter von den Kriegsblößen*. Da die Zahl der Arbeiter, welche in gesellschaftlich geleiteten Betrieben arbeiten, unserer Auffassung nach schon die der Arbeiter in Privatbetrieben überwiegt, so ist leicht zu erkennen, welche Ziele das Unternehmerorgan mit diesem Vorschlag verfolgt. Offenheit ist immer der wenigen Tugenden gewesen, deren sich die "Arbeitgeber-Zeitung" rühmen darf, und so schreibt sie dann auch zum Schluss dieser Abhandlung:

"Damit wäre freilich noch längst nicht alles geleistet. Aber es würde das immerhin einen Schritt auf dem Wege bedeuten, der uns aus dem Wirsel des Klassenkampfes hinausführen soll in die freie Weite gerechter Würdigung dessen, was die geltende Wirtschaftsform für den nationalen Gefährdungsbedeutung bedeutet."

Ob dieser Artikel zunächst nur einen fühler darstellt oder ob dieser Gedanke in den maßgebenden Arbeitgeberkreisen schon ausgereift ist, läßt sich noch nicht erkennen. Jedenfalls irr't sich der Verfasser ganz entschieden, wenn er glaubt, die Arbeiterschaft auf diese ausgeschworenen "Neuen Wege" losen zu können, und sie dadurch aus dem Gleichgewicht ihrer politischen Auffassung zu bringen. Das "demokratisierte" Kapital, Arm in Arm mit der organisierten Lohnarbeiterfamilie, ein wahrhaft königlicher Gedanke!

Richtlinien des Kriegsamtes über die Regelung der Bautätigkeit.

Das Kriegsamt hat am 15. März neue Richtlinien für die Kriegs-

amtsstellen über die Regelung der Bautätigkeit herausgegeben, aus denen folgendes veröffentlicht wird:

Die bisherigen Richtlinien für die Mitwirkung der Kriegsamtstellen bei der Regelung der Bautätigkeit sind für das Baujahr 1918 ergänzt worden. Hauptaufgabe bleibt es, die Existenzfähigkeit der Kriegs-industrie auf dem erreichten Stande unbedingt zu erhalten. Der Bau von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden ist in stärkerem Maße als bisher zu fördern. Neue Aufgaben ergeben sich aus der Gestaltung der Wohnungsforschung. Das Kriegsamt hält es für seine Pflicht, durch geeignete Maßnahmen der schon vorhandenen oder zu erwartenden Wohnungsnot vorzubeugen. Die Kriegsamtstellen sind daher angewiesen worden, soweit eine Wohnungsnorm wirklich besteht und die Dringlichkeit ihrer Befriedigung nachgewiesen ist, die erforderlichen Bauten wirklich zu unterstützen und die benötigten Baustoffe freizugeben. Die Feststellung der Dringlichkeit erfolgt im Einvernehmen mit den zuständigen Städten und Gemeinden.

A. Um- und Ausbauten, insbesondere Umbau von größeren Wohnungen durch Verlegung in kleinere, eine Maßnahme, die meist ohne erhebliche Schwierigkeiten ausführbar und nach Möglichkeit zu fördern sein wird. Außerdem stehen in Frage Ausbau der Dachböden für Wohnzwecke sowie Neuanlage von Kellerwohnungen; letztere sind jedoch nur zulässig in ganz besonderen Notfällen und unter dauerlich und gesundheitlich besonders günstigen Verhältnissen bei schärfster Beurteilung.

B. Notstandsbauten, zum Beispiel Baracken in behelfsmäßiger Ausführung, ein Ausflussmittel zur beschleunigten Befriedigung der Wohnungen, das nur in dringenden Ausnahmefällen zu empfehlen ist.

C. Neubauten: a) Fertigstellung der stillgelegten Wohnungsbauteile:

Die Weiterführung ist von Fall zu Fall zu prüfen und kann, wenn es die Verhältnisse einigermaßen zulassen, namentlich bei geringen An-

forderungen an beitragsgünstige Baustoffen genehmigt werden. b) Bau von Einzelwohn- und Gruppenhäusern: Die Anträge sind von Fall zu

Fall zu prüfen, jedoch unter schärfster Beurteilung, soweit es sich um größere Wohnungen handelt. Luxusbauten sind verboten. c) Kleinwohnungsbauteile sind mit allen Kräften zu fördern. Anträge aus der Industrie auf Herstellung von Arbeiterwohnungen sowie seitens der Gemeinden sind der Bauprüfstelle umgehend zur Prüfung vorzulegen. Die Genehmigung ist abhängig zu raten von der Zustimmung der zuständigen Landes- und Gemeindebehörden.

Die Kriegsamtstellen sind angewiesen worden, die zur Förderung dieser Aufgaben etwa erforderlichen Einzeldispense oder grundähnliche Dispense von den bestehenden feuer- und baupolizeilichen Vorrichtungen bei den zuständigen Behörden zu erwerben. Eine Entscheidung über den Zeitpunkt, an dem nach dem Kriege die unter A genannten neu entstan denen Wohnungen geräumt werden müssen, hat durch die jeweils zuständige Regierung (im Preußen durch den Herrn Oberpräsidenten) zu erfolgen.

Für die Ausführung der notwendigen Baustoffe ist als Grundvoraussetzung, daß die nächstgelegenen Bezugsquellen zu wählen sind und das Landwirtschafts- sowie Wasserwirtschaftsamt möglichst aus-

genutzt werden.

Diese neuen Richtlinien geben wenigstens nach einer Richtung hin die Möglichkeit, die herrschende Wohnungsnot zu bekämpfen. Es ist aber noch wie vor dringend zu fordern, daß auch sonst alle möglichen Maßnahmen zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit getroffen werden. Insbesondere ist die Baustoffherstellung mit allen Kräften zu be-

treuen, weil die Arbeiter bei Teilnahme am Gewinne gegebenen-

auch den Verlust tragen müssen. Die Deutsche Arbeitgeber-

Praxis verfüllt deshalb auf den hohen Gedanken, das deutsche Aktien-

für die Aktie bedeutend herabzusetzen, damit auch der kleine Mann,

Arbeiter, Aktionär werden können. Die Kaufmännischen und techni-

Angestellten will man davon aber grundsätzlich ausnehmen. Im

heinen wird in der "Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" der Mo-

de, seit fast vier Jahren aus, was französisch oder englisch ist, ver-

stellt. In diesem Falle aber wird namentlich das englische Aktiengesetz

übernommen. In England ist es gestattet, daß neben Personen

eine Aktie in der Mindesthöhe von 10 Pfund Sterling gleich

Mark eingeschrieben können. Den von Fachleuten geäußerten Be-

gegnungen gegen die Auffassung kleiner Aktien stellt die "Deutsche Arbeitgeber-

Zeitung" acht Thesen gegenüber, wovon wir vier des allgemeinen Inter-

halter hier wiedergeben wollen:

1. Die Eigenschaft der Aktiengesellschaften, daß sie das Kapital

optimieren" und auch den kleinen Mann zum Großbetrieb zu-

wird durch die kleine Aktie gefordert.

2. Bei den Arbeitern würde das Gefühl der Solidarität mit der Unternehmung gesteigert, das Geschäftsintereß und die Arbeitslust erhöht werden.

3. Das agitatorisch so vielfach ausgenutzte Scheitern auf die hohen Dividenden würde ein Ende nehmen.

4. Die ganze Stellung der Arbeiterschaft zum kapitalistischen System könnte durch die Einführung kleiner Aktien im günstigen Sinne verändert werden.

Die hier verfolgten Grundsätze gehen keineswegs von der Absicht aus, die Lohnhöhe der Arbeiter zu steigern; nach wie vor ist heute für die Unternehmer und ihre Presse das Motto mahagone: *Herrunter von den Kriegsblößen*.

Da die Zahl der Arbeiter, welche in gesellschaftlich geleiteten Betrieben arbeiten, unserer Auffassung nach schon die der Arbeiter in Privatbetrieben überwiegt, so ist leicht zu erkennen, welche Ziele das Unternehmerorgan mit diesem Vorschlag verfolgt. Offenheit ist immer der wenigen Tugenden gewesen, deren sich die "Arbeitgeber-Zeitung" rühmen darf, und so schreibt sie dann auch zum Schluss dieser Abhandlung:

"Damit wäre freilich noch längst nicht alles geleistet. Aber es würde das immerhin einen Schritt auf dem Wege bedeuten, der uns aus dem Wirsel des Klassenkampfes hinausführen soll in die freie Weite gerechter Würdigung dessen, was die geltende Wirtschaftsform für den nationalen Gefährdungsbedeutung bedeutet."

dieser Preissteigerung, die sich zunächst ja nur auf die erhöhten Herstellungskosten gründet, auch noch eine sehr bedeutende Erhöhung der Frachtkosten kommt wird. Aus der Tagespresse wissen wir, daß schwedischer Schiffsraum gleichfalls schon unter den Wirkungen des Krieges gelitten hat; wir wissen ferner, daß die Einwohner Englands, neuerdings einen großen Teil des schwedischen Schiffsraums mit Gewalt meggenommen hat, von dem im weiteren Verlauf des Krieges auch noch ein nicht ganz kleiner Teil den deutschen Flotten zum Opfer fallen wird, weil es nunmehr ja feindliche Schiffe gefunden sind — all das wird natürlich nachfolgend zur Folge haben, daß auch schwedischer Schiffsraum nach dem Kriege ein Welsches dessen kosten wird, was vor diesen Umständen in dem ersten Jahrzehnt nach dem Kriege kostspieliger geworden ist. Die Transportkosten so hohe sein werden, daß die Pfastersteine ein großes Transportkosten überhaupt nicht mehr tragen können.

Auf der anderen Seite bleibt aber die Tatsache bestehen, daß viele Plätze, an denen bisher die schwedischen Pfastersteine verarbeitet wurden, so weit von den deutschen Pfastersteinezeugungsfällen entfernt liegen, daß auch die hier erzeugten Pfastersteine nicht dorthin gelangen können, ohne eine so hohe Belastung durch die Transportkosten zu erzielen, daß sie praktisch für die Verwendung ausscheiden. Bedeutunglich ist, daß die unteren Freunde, die Steinarbeiter, bei ihrer neuen Einführungnahme zum Pfastersteinzoll ganz und gar nicht in Verhinderung ziehen zu wollen scheinen.

Aber unter den hier dargelegten Umständen erscheint uns jede Gefahr des Kleinstplasterzolls praktisch von geringerer Bedeutung als das Kleinstgewerbe zu sein, als eben die aus anderen Gründen mit Sicherheit eintretende Versteuerung der Pfastersteine. Wenn hier überall bei Zeiten alle nur möglichen und denkbaren Vorleistungen getrieben werden, dann — das steht unweigerlich fest — gerät das deutsche Kleinstgewerbe in eine ungemein schwierige Lage, in eine Lage, die bis zur Katastrophe auswachsen kann!

Aber wenn unserseits immer wieder behauptet wird, daß wir ganz besonders das Kleinstplaster in den Vordergrund stellen und keine verbauen müssen, so einmal, weil dies das relative billige Kleinstplaster ist — und sodann, weil es gerade bei umfangreicher Verwendung der Kleinstplasterzolle gelingen würde, den Pfastersteinzoll zu verhindern. Die Herstellung von Großplastersteinen, die ebenfalls sehr große

1917. Nach dem Ende der Kriegszeit der Plastersteinkarrieren ist eine weitere zur Legeforderung übernommen.

Der südliche Teil der Ausführungen der Steinindustrie, die Propagandierung des Kleinplasters betreffend, kommt mir vor wie ein weiteres. Hier kann nur eine Organisation eingeschlagen ohne jegliche Bedingung mit dem Steinfeind zu einer gewonne Sache machen.

Teuverungszulagen in der Steinindustrie.

Während im Jahr 1916 die Plastersteinarbeiter wurde die Teuerungszulage um 10% erhöht und infolge der Erhöhung des Grundsteins beträgt die Summe 40 Prozent.

Zusätzlich. Der Stundenlohn wurde insgesamt um 5% erhöht.

Wirtschaftliche Rundschau.

Bei der Wirtschaftsschau sind die Gesamtmüller, die im Jahre 1916 mit einer Summe über 1000 Milliarden überschritten hatten, im Jahre 1917 auf mehr als zwei Billionen Mark gestiegen; sie vertragen nämlich 2.024.649.715 Mark gegen 1.257.331.402.500 Mark im Vorjahr von 1.623.917.610 Mark im Jahre 1915. Die diesmalige wirtschaftliche Entwicklung der Umwälze bezeichnet der Geschäftsbericht des Karlsfeld als überwältigend groß; er bemerkt dazu ferner, dass die Kosten drastisch ansteigen, in der weiteren Summe der mit der Kriegsspende zugehörigen Zulagen, rücksichtigen Geldbewegungen habe, die sich überwiegend aufgezeigt und in ihrem Umfang den deutlichen Beweis für die hohe Tatsachen des Kredit- und Zahlungswertverfalls in Deutschland und für das vom Weltkrieg herrschende Vertrauen in den Führungen des deutschen Rent- und Währungswesens.

Die Steuerung des Gewinnmautens entsprach die erzielten Gewinne. Im Jahre 1917 wurde ein Gewinn von 100 Millionen Mark gegen 53.740 Mark erzielt gegen 225.609.600 Mark im Vorjahr und 173.144.921 Mark vor zwei Jahren. Die Verwaltungskosten beanspruchten davon 34.078.286 Mark gegen 28.931.270 Mark bzw.

15.485.221 Mark. Für die Anfertigung von Banknoten wurden 1.355.153 Mark, 2.622.167 Mark und 3.066.377 Mark verausgabt. Als Ersatz für den Verlust der Notenwert erhält das Reich 130 Millionen Mark gegen 114.330.000 Mark im Vorjahr und ebensoviel vor zwei Jahren.

Es verbleibt für 1917 ein Reingewinn von 97.276.241 Mark gegen 96.389.545 Mark und 105.482.331 Mark. Auf die Anteilseigner entfällt eine Gewinnzulage von 8.72 Prozent gegen 8.66 Prozent, 8.97 Prozent, 10.24 Prozent und 8.45 Prozent in den Jahren rückwärts bis 1913. Das Reich erhält aus dem — bereits um 130 Millionen für Kriegsabgabe getilgt — Reingewinn eine Kriegsgewinnzulage von 44.066.355 Mark gegen 43.326.333 Mark und 30.972.922 Mark, schließlich noch nach den Bestimmungen des Handelsgeleis 32.825.520 Mark gegen 22.662.848 Mark und 34.446.588 Mark. Der an das Reich abgegebene Betrag beläuft sich demnach insgesamt auf 206.908.875 Mark gegen 190.291.181 Mark im Vorjahr und 199.719.509 Mark vor zwei Jahren.

Bei der Beurteilung des Weizens der Kriegsgewinne und Privatunternehmungen ist die Erzeugung des Krieges als Quelle außerordentlich erhöhter Gewinne besonders in den ersten Kriegsjahren offenkundig in Rechnung gebracht worden. Nicht zuletzt lassen sich diese Zusammenhänge in den Bilanzen kleinerer Gesellschaften sehr deutlich erkennen. So z. B. bei der Nährohmühlen- und Fahrtröderfabrik Bernd. Eideker A.-G. der Gesamtumsatz im Jahre 1917 nach dem Vertrag der Verrechnung des vorjährigen des Vorjahrs erreicht; neu aufgekommen wurde die Herstellung von Bureaumöbeln. Einflusslich Vorzug steht sich der Bruttogehalt auf 2.71 Millionen Mark gegen 1.59 Millionen Mark im Vorjahr und der Reingewinn auf 2.16 Millionen Mark gegen 72.600 Mark im Vorjahr, nach Abschreibungen von 548.500 Mark gegen 352.800 Mark im Vorjahr. Es wird eine Dividende von wieder 16 Prozent beantragt, aber außerdem noch ein "Bonus", also eine Extra dividende von 15 Prozent bei je 500.000 Mark Steuerabzug bzw. Vor- und Erneuerungsabzugs. Die Bilanz enthielt 2.36 Millionen Mark gegen 1.39 Millionen Mark im Vorjahr. Geleistete und 5.22 Millionen Mark gegen 1.62 Millionen Mark im Vorjahr. Debitoren, in denen auch das Bankgutekonto enthalten ist, bei 3 Millionen Mark. Altenburg.

Schade auch im Handel und ungewöhnlich große Gewinne von Firmen erzielt werden, die mit daraus heraustraten, dass sie die sonst üblichen Gewinnquoten sehr erheblich übersteigen. Der enorme Gewinnzufluss ist eben aus den Umwälzungen, durch die sich eine völlig neue Kapitalisationsbasis ergab, die jedoch vielfach erst sehr spät bei Preissteigerungen in Anzahlung gebracht wurde.

Zugrunde liegt in den letzten Geschäftsjahren ein Konzentrationsprozess in allen möglichen Wirtschaftszweigen weitere Fortschritte angetrieben. In der Papierindustrie vollzieht sich eine neue Verbindung zwischen den Vermögenswerten der Papierfabrik Reicholz in Düsseldorf und der Aktiengesellschaft Puhmwerke in Ursberg in Westfalen und ein Verbindungsverein vereinbart, nachdem die Puhmwerke an die Düsseldorfser Gesellschaft übergehen. Die zu übernehmenden Puhmwerke haben in den letzten Jahren eine jährliche Rentabilität aufzuweisen, für 1916/17 steht um die Dividende auf 15 Prozent, davon sind dreimal 11 Prozent ausgeschüttet worden. Bei Reicholz betrug die Dividende in den letzten Jahren 18, 12, 8 und 10 Prozent.

Im Bauwesen geht die Aufwertung kleinster und mittlerer Betriebe direkt und indirekt weiter. In den letzten Tagen wurde berichtet, dass das Bauunternehmen E. Bleigroß und Co. konkursmäßig an der Münchner Bauschule A.-G. aufgekauft wird. Die Firma Aufhäuser besteht seit dem Jahre 1871 und gehört zu den ältesten Namen Münchens. Auch in England ist der Verbindungsprozess der Betriebe rapid vor sich gegangen. Sozusagen im Jahre 1916/17 Großbritannien gesellt wurden, schreibt jetzt nach den letzten Angaben, die Zahl grösster Banken 31. Gleichzeitig ist auch in England eine außerordentliche Vermehrung der Bankenbetriebe eingetreten. Im Jahre 1872 entfiel auf 13.600 Einwohner eine Bankfiliale und heute auf 3000.

Auf einem bescheidenen Ausgangspunkt wird in der Politik eine erstaunliche Entwicklung des Syndikats für das Jahr 1918 bestimmt werden. Berlin, den 10. April 1918.

Felix Rallissi

Korrespondenzen.

Burgberg. Unter Leitung wurde am 1. Januar 1918 um 10.000 und höher liegt 10.000 pro Woche. Seitdem der Teuerungszulagen werden nicht verglichen. Der Konservenverband gibt an, dass wir zu den Säuerchenfirmen gehören, aber die Kosten sind zu teuer, das wir jetzt abnehmen müssen. Vor Zeit zu den Betreibern und den Einzelhändlern etwas zu erläutern. Unter Berücksichtigung der Erhöhung der Lebensmittel- und Fleischzulagen und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutsches Dampferwerbung werden niedrigere Bedingungen voraus.

1. Der sozialen Arbeitsergebnissen am 10. März 1914 aufgestellte Leiterbericht steht in allen kleinen Betriebsteilen mit Ausnahme der Betriebsleitung die entsprechend dem 10. März 1915 ist.

2. Die Kosten sind am 10. März 1918 wie folgt festgestellt: Teil 1. Leiterbericht kostet für Steinmetze 0.50 R., für Arbeiter 0.10 R. und für Dienstpersonal 0.05 R. pro Woche. Zu diesen Grundzahlen wird die am 24. Februar 1917 erzielbare Teuerungszulage von 10% pro Woche hinzugesetzt.

3. Der Betriebsleiter steht der Erhöhung der freien Betriebszeit jeder Zeit vorbereitet, jedoch müssen die Arbeiter eine zweckmäßige Verhandlung der Betriebsleitung ihrer Preisgestaltung folgen.

4. Der Betriebsleiter steht der Erhöhung der freien Betriebszeit jeder Zeit vorbereitet, jedoch müssen die Arbeiter eine zweckmäßige Verhandlung der Betriebsleitung ihrer Preisgestaltung folgen.

Wieder Nach oben kann die Forderungen der Plastersteinarbeiter nicht erfüllt werden ohne weitere zur Legeforderung übernommen zu werden.

Der südliche Teil der Ausführungen der Steinindustrie, die Propagandierung des Kleinplasters betreffend, kommt mir vor wie ein weiteres. Hier kann nur eine Organisation eingeschlagen ohne jegliche Bedingung mit dem Steinfeind zu einer gewonne Sache machen.

1. Eine Lohnsteigerung von 20 Prozent für alle Altord- und Tagelöhne.

2. Die Schmiedelöhne für Schärfen des Werkzeugs hat der Arbeitgeber über zu übernehmen, und

3. Das Aufladen der Werkstücke erfolgt im Tagelöhne.

Das Schreiben ging am 20. Dezember 1917 an den Vorstand des Vereins Baustoffe-Werke. Der Vorstand des Vereins lehnt in einem Schreiben vom 27. Dezember die Forderungen der Arbeitgeber an.

Die Forderungen der Arbeitgeber bestehen darin, dass die Arbeitgeber

durch den ungeliebten Krieg erneut unter der Teuerungszulage möglich als wir auch. Dann können auch von einer Rentabilität der Betriebe keine Rede sein. Sie erkennen aber ohne weiteres unsere traurige Lage an.

Die einzelnen Betriebe müssen sich in einer Sitzung mit der Forderung unserer Forderungen, beispielhaft, erneut ein Schreiben an den Verein Baustoffe-Werke zu richten mit dem Vermerk, dass die Widerrede erst noch Würde des Tarifvertrages in Kraft treten soll, also ab 1. April 1918. Ferner teilen wir ihnen mit, dass wir von ihrer Stellungnahme überzeugt wären, zumal sie die tragische Lage der Steinarbeiter ohne weiteres annehmen. Wir stellen lediglich unsere Forderungen deshalb so frühzeitig mit, um sie bei Übernahme von neuen Aufträgen in die Lage zu setzen, damit fortzuführen zu können. Daraufhin kam am 28. Januar eine Verhandlung zustande. Der Vorstand des Vereins Baustoffe-Werke wie in der Einleitung darauf hin, in welcher schwieriger Lage infolge des Krieges die Industrie sich befindet. Die Punkte 2 und 3 seien für sie unannehmbar, den Steinbauern wollten sie eine kleine Ausdehnung gewähren in Gestalt von 7 Prozent. Den Steinbrechern und Tagelöhnen nern wollten sie nichts bewilligen, da deren Löhne ausreichend waren. Man bedenke, der Durchschnittslohn der Tagelöhner beläuft sich auf circa 4.00 R. und der der Steinbrecher auf 6 bis 6.50 R. Das nennen die Herren bei der heutigen Zeit ausreichend. Nach einer regen Diskussion und nach öfters getrennten Beratungen machten die Unternehmer und folgendes Angebot:

Für Steinbauer und Plastersteinklopfer eine Teuerungszulage von 10 Prozent. Für Steinbrecher und Tagelöhner bei einem Tagelohn von 5 R. 40 Pf. urs bei einem Lohn von über 5 R. 50 Pf. pro Tag.

Die Arbeitgeber erklärten, dass sie das Angebot nicht annehmen könnten, zumal die Unternehmer meinten, die Punkte 2 und 3 seien für sie nicht abgeboten. Die Mitglieder der drei Arbeitgeberorganisationen schauten sich in ihren Versammlungen nicht einstehen, die in der Verhandlung vom 26. Februar gemacht hatten, die ausreichende Auskunft zu erlangen. Sie beauftragten die Kommission, erneut mit dem Verein Baustoffe-Werke in Verhandlung zu treten.

In einer Sitzung der Tariffkommission wurde beschlossen, erneut an die Unternehmer zu ermutigen, um Abhaltung einer Verhandlung anzurecken, wenn die Sitzung abgelehnt werden sollte, den Schlichtungsausschuss in Lindernach als Einigungsamt anzuvertrauen. Die Unternehmer lehnten in einem Schreiben vom 8. Februar neue Verhandlungen ab mit dem Vermerk, mehr Zugeständnisse nicht mehr machen zu können.

Nach dem Beschluss der letzten Sitzung sollte nun der Schlichtungsausschuss in Lindernach angetreten werden. Herr Altmeyer, Arbeiterschaftsrat des Katholischen Arbeitervereins, teilte uns nun in einem Schreiben mit, dass ihre Versammlung beschlossen hätte, bevor der Schlichtungsausschuss anzutreten sei, wollten sie zuerst den Herrn Sandrit als Vermittler antrufen. Interessant ist hier, dass in der vorhergehenden Sitzung kein Vertreter der Katholischen Fachabteilung ein Wort davon erwähnt, im Gegenteil wollten sie auch gleich an den Schlichtungsausschuss gehen.

Am 18. Februar fand unter dem Vorwurf des Landrats Herrn Dr. Ecke eine Kommissionssitzung statt, in der wir nach langen Verhandlungen auf folgender Basis einig geworden sind:

Steinbauer und Plastersteinklopfer erhalten eine Teuerungszulage von 15 Prozent. Steinbrecher und Tagelöhner eine solche von 10 Prozent.

Die Teuerungszulagen während des Krieges belaufen sich nun auf 30 bis 45 Prozent. Es werden aber mit die oben erwähnten Zulagen von 10 bis 10.10 Prozent bezahlt, da die alten voriges Jahr auf den Tarif proportional umgerechnet wurden.

Am 18. April wurden zum erstenmal die beteiligten Prozente aufgezählt und wie jetzt bekannt, wurden sie in allen Betrieben in Anrechnung gebracht. Besonders ist, dass der Steinbauer noch immer das Schärfen der Werkzeuge bezahlt, und ferner dass der Steinbauer den Kündigen der Werkszeit unentgeltlich leisten muss. Diese alten Zölle müssen nach dem Kriege unbedingt verschwinden. Besonders ist, dass bei den Steinbauer der Gedanke sich immer mehr durchdringt, dass das Gehälter der Arbeiterschaft in der Gegenwart jemals in der Zukunft zurück von den Gewerkschaften abhängt. Unsere Aufgabe aber muss es sein, auch im heutigen Gebiet den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands noch stärker auszufordern.

Rundschau.

Neuer Syndikus im Deutschen Steinindustrieverband. Wir halten in der Nr. 15 bereits mitgeteilt, dass der bisherige Syndikus des Deutschen Steinindustrieverbandes, Herr Dr. Kieser, seine Stelle niedergelegt und die Leitung des Bundes Deutscher Marmorbruchsförderer übernommen. Seine Stellung in der erzähnnten Organisation hat Dr. Schüsselhauer übernommen. Dieser ist der Sohn eines Berliner Steinmetzmeisters.

Militärzulage. In Breslau ist die Zahl der Personen mit einem Einkommen über 100.000 R. von 1916 auf 1917 gestiegen von 130 auf 341. Es gibt also eine erhebliche Zulage von Menschen, denen der Krieg sehr gut bestanden. Ähnlich wie in Breslau geht es natürlich auch anderswo. Unterstreicht wäre eine Statistik darüber, wie viele unter den 341 Personen über 100.000 R. Einkommen der Befreiungsbeteiligten sind.

Die schweren und die leichten Städte. Im Januar waren noch Görlitz' Statistik gemeldet mit 74.13 R. Plauen i. V. 73.89 R., Barmen 69 R., Solingen 57.08 R., Duisburg mit 66.87 R. Wohnraum an Lebensmittel für eine vierköpfige Familie die teuersten Orte. Die billigsten dogegen Signirungen mit 46.20 R., Gräfenhain 45.63 R., Kosten 45.48 R., Remel 45.36 R., Liegnitz mit 44.13 R.

Vorstandsbekanntmachungen.

Die Kollegen, die mir dieses Mal eine Erhöhung der Teuerungszulagen nicht durchsetzen konnten, mögen uns sofort berichten. Wir werden uns dann möglichst an die betreffenden Firmen wenden.

Wir sind ferner gern bereit, auch die wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahn zu vertreten, indem wir uns im Begehrungsstaat Zulagen zu gewähren, selbst an die Firmen und kleinen Meister wenden. Richtig sind uns die Namen der Firmen genau bekannt zu geben.

Über die 3. Teuerungszulagenbewegung haben wir schon ein vierjähriges Blatt herstellen lassen. Wie haben den Jahresschiffen je einige Exemplare zugestellt. Auch die Eisenbahner sind im Besitz derselben. Das Blatt ist besonders für die Oste geeignet, in deren nutzungsfähige Zulagen genährt wurden. Wie schon dementsprechenden Beiträgen folgen.

The Stempelkarten in den Mitgliedszählern werden leidweise fortgegeben und leicht erfasst. Die Ortsverwaltungen müssen uns

die Auslösung unter allen Umständen bestehen, denn bei den eigenen Verhandlungen über Lohnzulagen müssen wir genau hoffen. Über den großen Wert einer Lohnzulage ist wahrscheinlich mehr zu verlieren.

Die vom Heere entlassenen Kollegen, sehr häufig auch miterlebt, haben mitunter kein Interesse, sich wieder dem Verband anschließen. Ausdrücklich sei bemerkt, dass diejenigen Kollegen, die der Heeresentlassung nicht innerhalb 14 Tagen bei der Ortsverwaltung anmelden, also oft viel länger warten, beim Wiedereintritt in Betriebsgenommen in Betracht kommen. Meist melben sich solche Kollegen nicht in Folge der Erkrankung, da finden sie am besten wieder den Verband wieder. In jenen Fällen kann natürlich eine Entlastung nicht in Frage kommen.

Die Ortsverwaltungen müssen für eine pünktliche Einziehung Beiträge Sorge tragen. Wo dieses nicht geschieht, wird das Recht weichen, die Zahlstellen werden dadurch verloren.

Quittung.

Vom 1. bis 15. April gingen bei der Hauptkasse folgende Ge-

bos 14.70, Demitz 92, Pyritz Inf. 8, Einbeck 87.78, Göttingen 25, Göttingen 20.28, Gera 3.20, Greiz 10.20, Saalfeld 33.28, Kirchhausen 53.48, Landsberg 50.14, Meiningen II 46.20, Saalfeld 23.26, Al. Jümmen 1, Winterhausen 141.38, Wolfshagen 86.98, Altenburg 8.40, Hamburg 262.42, Göttingen 23, Frankfurt a. M. 1.200, Breslau 119.48, Kunzlinchen 23.80, Erfurt 88.20, Hannover 1.200, München 205.70, Altenburg 32.64, Bischberg 66.80, Rieselfeld 5.20, Tübingen 101.96, Copitz 23.50, Ehlersbach 70.20, Hünfeld 202.24, Helmstadt 122.30, Holenberg 14.96, Kindisch 2.52, Koburg 7.80, Coburg 44.80, Regenborn 8.44, Mayen 200, Rostock 194.88, Gorlitz 5.08, Bremke 4.20, Reiffershausen 22.20, Mühlhausen 15.10, Witten 7.40, Leipzig 1.146.20, Cölln 47.36, Eisenach 32.44, Hemerbach 11.04, Königshain 76.42, Lüdensbach 19.56, Metternich 27.05, Ströbel 1.000, Westerholz 10.84, Übendorf 2.60, Deutmannsdorf 13, Hörschede Schöneberg Inf. 2, Bibra 21.88, Frankfurt a. M. Königslutter 35.74, Rammenz 82, Osterode 47.86, Treysa 1.200, Metternich 16.03, Magdeburg 93.70, Wetz 60.20, Schwarzenbach 34.57, Waren 20.48, Altona 5, Solingen 35. H. Walther, 3. St. Raff.

Anzeigen

Zwei tüchtige Steinmetze

auch Kriegsbeschädigte, in allen vorkommenden Grabsteinen bew., bei zeitgem. Lohn u. dauernder Beschäftigung sofort

Emil Wolff, Greifenberg in Pommerania

Mehrere Steinmetze und Schleifer

werden bei hohen Altordtariflöhnen sofort für dauernd eingestellt auch Kriegsbeschädigte. Für geeignetes Logis wird gesorgt.

Granitwerk mit Granit-Steinbruchbetrieb Schmalz und Brotterode i. Thür. :: Emil Köpler.

Steinmetze und Schriftsteller

in dauernde Stellung